Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

für Anhalt und Thüringen.

1917 Nr. 122 — Jahrgang 210

Bezugspreis für Halle u. Vororte 3.25 ℳ. Durch die Post bezogen 3.50 Mk. für das Vierteljahr. monatlich 1.20 Mk. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich dreizehnmal. — Gratis-Beilagen: Illustrierter Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Jll. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen, Jllustr. Modenbeilage, Sächsische Provinzialblätter, Kinderbeilage (Für die junge Welt)

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 30 Pfennig. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfennig. Anzeigenannahme bei der Geschäftsstelle in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen Expeditionen. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 20512

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Fernruf 7501 (während der Geschäftsstunden). Nach Geschäftsschluß: Schriftleitung 5610, Geschäftsstelle 5608 und 5609. Hauptschriftleiter: Dr. Simon, Halle

Donnerstag, 8. März 1917

Geschäftsstelle in Berlin und Berliner Schriftleitung: Bernburger Straße 30. — Fernruf Amt Kurfürst Nr. 629. Druck und Verlag von Otto Thiele, Halle (Saale)

Ueber 40000 Tonnen im Mittelmeer versenkt

Große U-Bootsbeute im Mittelmeer

Berlin, 7. März. (Amtlich.) Im Mittelmeer wurden versenkt: 8 Dampfer und 7 Segler mit zusammen über 40000 Tonnen, darunter am 1. Februar ein schwer beladener Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen bei Porto di Anzio, am 2. Februar der norwegische Dampfer „Doravore" (2764 Tonnen) mit Stückgut von Genua nach London, am 22. Februar italienische Segler mit Kohlen und Lebensmitteln nach Italien, am 24. Februar südlich von Kreta ein mit 15 Zentimeter-Geschützen bewaffneter, von Fischdampfern gesicherter Transportdampfer von etwa 8000 Tonnen und der griechische Dampfer „Mioulis" (2918 Tonnen) mit Baumwollsaat nach England, am 26. Februar der bewaffnete englische Dampfer „Clan Farquhar" (5858 Tonnen) mit Baumwolle, Tee und Jute nach England, am 27. Februar der bewaffnete englische Dampfer „Brodmore" (4071 Tonnen) mit gefrorenem Fleisch nach England.

Ein Kapitän und zwei Maschinisten wurden gefangen genommen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die neutrale Schiffahrt und der U-Bootkrieg

Berlin, 7. März. Wie der uneingeschränkte U-Bootkrieg auch eine Verringerung der neutralen Schiffahrt verursacht hat, geht aus den Statistiken über den Schiffahrtsverkehr in den neutralen Häfen hervor. In der Woche vom 25. Februar bis 3. März liefen laut Angabe des „Rotterdamschen Courant" vom 4. März in den Rotterdamer Hafen nur 7 Schiffe gegen 57 in der gleichen Woche des Vorjahres ein. Für 1914 war die Zahl noch 196 Schiffe.

Nach „Algemeen Handelsblad" vom 4. März kamen in derselben Woche in Amsterdam nur 5 Schiffe an gegen 26 im Jahre 1916.

England werden keine Zugeständnisse mehr eingeräumt

Haag, 7. März. Der niederländische Ueberseetrust teilt mit, daß die britische Regierung wieder einigen holländischen Schiffen gestattet hat, ohne einen englischen Hafen anzulaufen, über Halifax nach Nordamerika auszufahren.

Das Korrespondenz-Bureau meldet, daß weder der niederländische Ueberseetrust noch die Reedereien für die neue Regelung der holländischen Schiffahrt, nach der die Schiffe nicht mehr Häfen in England anzulaufen brauchen, der englischen Regierung irgendwelche neuen Zugeständnisse eingeräumt haben.

Auch die Italiener wollen vertuschen

Bern, 7. März. Wie „Corriere della Sera" aus Rom meldet, beschloß das Marineministerium, in Zukunft von täglichen Veröffentlichungen der Versenkung durch U-Boote abzusehen. Die Zahl der versenkten Schiffe werde zukünftig zu Beginn jeder Woche bekanntgegeben.

Das Geschütz über Bord geworfen

Haag, 6. März. Der englische Handelsdampfer „Prinzeß Melita", der gestern abend, weil er beschossen war, wieder in See gehen mußte, ist heute früh, nachdem er Geschütze und Lafette über Bord geworfen hatte, noch einmal in den Nieuwen Waterweg eingefahren und hat die Reise nach Rotterdam fortgesetzt.

Kein Verkauf spanischer Schiffe in England

Madrid, 7. März. Die auch auswärts verbreitete Nachricht, daß die spanische Regierung den Verkauf eines Teiles der Handelsflotte in Bilbao an England gestattet habe, ist nicht zutreffend. Die Regierung hat diesen Verkauf nicht gestattet.

Wie England das verbündete Italien behandelt

Noch einer Meldung des „Corriere della Sera" aus Rom versammelten sich die Abgeordneten der Seidenzucht treibenden Gegend gestern im Montecitorio unter dem Vorsitz Rubinis, der ausführte, daß durch das englische Einfuhrverbot Italiens Hauptmarkt verloren gehe und dadurch seine wichtigen nationalen Interessen in Frage gestellt seien. Die Versammlung beschloß, die Regierung aufzufordern, bei der englischen Regierung vorstellig zu werden. — Vielleicht begreifen die Italiener nach und nach, daß ihnen, den Verrätern, der Verbündete selbst, England, die Kehle zuschnürt.

Abendbericht des Großen Hauptquartiers

Berlin, 7. März, abends. (Amtlich.) Vom Westen und Osten sind keine größeren Kampfhandlungen gemeldet.

Der österreichische Generalstabsbericht

Wien, 7. März. Amtlich wird verlautbart:

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz

Unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz

An der Tiroler Ostfront fanden in mehreren Abschnitten Gefechte mit günstigem Ausgang für unsere Waffen statt.

Eine feindliche Abteilung, die gegen unsere Stellungen an der Mündung des Maso-Baches vorging, wurde vertrieben. Zwei Nachtangriffe der Italiener auf unsere Costabella-Stellung scheiterten am zähen Widerstand unserer Truppen. Ein feindlicher Angriffsversuch gegen den Monte Sief brach schon in unserem Sperrfeuer zusammen. Die dortige Sprengung, die unseren Stellungen galt, hat nur die italienischen geschädigt.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Der Hauptausschuß des Reichstages

nahm in der Weiterberatung des Etats des Reichsamts des Innern folgende Entschließungen an: die Familienbeihilfe von 20 Mk. für die Ehefrau und von 10 Mk. für jedes Kind auch während der Sommermonate weiterzuzahlen, die Wochenhilfe während des Krieges auszudehnen auf Ehefrauen von im vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen, soweit Bedürftigkeit vorliegt und den Kriegswöchnerinnen fünftig 1,50 Mk. (1 Mk.) Unterstützung zu gewähren.

Im Hauptausschuß des Reichstages gab in der weiteren Beratung des Etats des Reichsamts des Innern Staatssekretär Dr. Helfferich eine eingehende Darstellung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zur Donaumonarchie und der Aufgaben und Ziele der wirtschaftlichen Annäherung zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, sowie der bisher auf diesem Gebiete zwischen den beteiligten Regierungen geführten Verhandlungen. Er wies insbesondere darauf hin, daß sich die wirtschaftliche Annäherung keineswegs in zollpolitischen Vereinbarungen erschöpfe, sondern daneben Abmachungen im Verkehrswesen, in Wirtschafts- und Wohnfragen sowie in anderen wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten eine sehr bedeutsame Rolle spielten. Nach dem Zustandekommen des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn würden die Verhandlungen über eine Annäherung in naher Frist weitergeführt werden.

Richtigstellung von Uebertreibungen

Berlin, 7. März. Gegenüber der Meldung der „Neuen Zürcher Zeitung" vom 25. Januar, die von lettischer Seite erfahren haben will, daß in den letzten 9 Monaten 2000 Letten gleich 2 Prozent der lettischen Bevölkerung wegen Hochverrats hingerichtet worden wären, stellt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" fest, daß in Wahrheit im gesamten in Betracht kommenden Etappengebiet seit 1. April 1916 32 Letten wegen Kriegsverrats zum Tode verurteilt werden mußten, von denen 26 hingerichtet wurden. Die von der „Neuen Zürcher Zeitung" als Quelle genannte „Mitauische Zeitung" hat niemals eine derartige Mitteilung gebracht.

Die Ministerkrise in Schweden

Stockholm, 7. März. Die Presse bespricht noch immer eifrig die Ministerkrise. Die Blätter sprechen von dem möglichen Abgang des Ministers des Aeußern Wallenberg. Andere sagen einen neuen Landwirtschaftsminister voraus. In Stockholm ist eine Sympathieadresse für den Staatsminister Hammarskjöld vorbereitet, die schon von 350 Vertretern der Kunst und Wissenschaft unterzeichnet ist, unter denen sich die ersten Namen des Landes befinden. Auch die Studentenschaft von Lund beabsichtigt eine Kundgebung. Aufsehen erregt eine weitverbreitete Schrift, die unter dem Titel „Warum leiden wir Not!" nachweist, daß die Schuld an den Lebensmittelschwierigkeiten des Landes allein England trifft. Im ganzen ist die Lage unverändert.

Unsere schärfste Waffe

Das Schwert und der Torpedo haben in diesen schicksalsschweren Tagen das Wort, wo die Uhr der Zukunft für das deutsche Volk vielleicht für Jahrhunderte wieder eingestellt wird. So ähnlich leitete Herr von Heydebrand seine mit Begeisterung aufgenommene Rede vor den Hanseaten in Hamburg am 26. Februar d. J. ein. In der Tat bringt jeder Tag, jede Stunde die erhebende Kunde von neuen Glanztaten des deutschen U-Bootes, dieser unserer schärfsten Waffe im Weltkriege. Und mit vollem Recht konnte der Redner hinzufügen, daß unser deutsches Volk jetzt weiß, daß ein Ende dieses Krieges vor ihm steht; es weiß, daß es ein Sieg ist, der ihm werden muß. Nicht die Zahl der versenkten Schiffe entscheidet allein dabei; denn wenn die Gegner, wie die Neutralen erst ganz überzeugt sein werden, was an der Sache ist, werden die Meere leer werden und damit auch die Magen gewisser Völker. Dann wird das Ziel dieses Kampfes erreicht sein.

Mit wachsender Sorge schauen die Feinde, zumal der Engländer und der Franzose, auf die schier unbegrenzte Kampftätigkeit des U-Bootes. Ihr Schimpfen ob der Barbarei der unterseeischen Kriegsführung beweist nur, daß unsere Waffe zu treffen weiß. Ja, wenn sie die nur hätten, in annähernd gleicher Vollkommenheit! Wie wollten sie sie selbst rücksichtslos handhaben, frei von allen Gewissensbedenken! Dafür sind einige lehrreiche Belege vom Dr. phil. Grafen von Pestalozza in der „Kreuzzeitung" eingebracht worden. Er hat einen Aufsatz ans Licht der Gegenwart gezogen, den der französische Marine-Oberingenieur M. Laubeuf in der Revue Hebdomaire (Verlag Plon in Paris) am 2. Juni 1910 veröffentlichte, einer Zeitschrift, die bekannte Schriftsteller, wie René Bazon, Paul Bourget, Jules Lemaître, Ernest Daudat, Gräfin Noailles, Gabriel Hanotaux, zu ihren Mitarbeitern zählt. Laubeuf bespricht in dem Aufsatz die verschiedenen Arten der U-Boote und die mit ihnen erzielten Erfolge, um schließlich in einem „Die Zukunft des Unterseebootes" überschriebenen Abschnitte die Vorteile dieser Waffe darzulegen. Von besonderem Wert sind dabei die Aussprüche englischer Fachleute, die der Verfasser als Gewährsmänner für seine Anschauungen zu Wort kommen lüft. So gab Lord Charles Beresford auf die an ihn in dem House of Lords 1906 gestellte Anfrage, ob das U-Boot für alle Nationen eine Waffe von Bedeutung sei, zur Antwort, daß das U-Boot mehr zur Verteidigung als zum Angriff geeignet sei. Da aber wir Engländer die angreifende Macht sein müssen, während sich die anderen auf die Verteidigung beschränken, wird das U-Boot mehr den letzteren als uns nützen." Darauf erwiderte Laubeuf — ein sicherer Prophet! — daß man diese Meinung bestreiten könne, da ja auch England vor einem Angriff keineswegs sicher sei. Er möchte, daß das U-Boot die Seeminen verdränge. Es mag für die Engländer, die heute einen so rücksichtslosen, besonders die Neutralen schädigenden Gebrauch von Seeminen machen, nicht eben erbauend sein, zu lesen, was der Franzose Laubeuf darüber sagte. Daß diese Minen rohe und barbarische Werkzeuge wären, die weder Freund noch Feind noch Neutrale kennen. Das U-Boot hätte diese Nachteile nicht und es sollte deshalb von allen Nationen eingeführt werden, um die Minen abzuschaffen. Habe doch Admiral Fournier gesagt, daß Frankreich, wenn es über die nötige Anzahl von U-Booten verfüge, von einer Macht wie England nichts zu fürchten brauchte. Das Gleichgewicht zur See wäre damit zwischen beiden Nationen hergestellt. Alle U-Boote, die England auch bauen mag, könnten nicht verhindern, daß eine französische oder deutsche U-Boot-Flottille die englischen Panzerschiffe selbst an den englischen Küsten angreift. Laubeuf gedenkt dann der Bombardierung Kopenhagens durch die Engländer (1807) und meint, daß sich ein solcher Angriff nicht wiederholen könnte, wenn Dänemark über genügend viele U-Boote verfügte. Das U-Boot werde die Freiheit der Küsten und selbst die der Meere zu sichern wissen; es biete in sich eine Waffe von hoher Moralität, weil ihre Anwendung dem Schwachen es erlaube, gegen einen mächtigen Feind sich zu verteidigen. So hofft Laubeuf, daß das sich entvölkernde Frankreich voll Vertrauen in die Zukunft sehen dürfe, weil das U-Boot es in den Stand setzen würde, sich gegen Allzumächtige (England!) zu verteidigen.

So anders, ganz anders las man es also drüben „vor Tische". Jetzt sind wir die Träger der höchst „moralischen" Waffe. Daß wir es sind, danken wir, wie Herr von Heydebrand in jener Versammlung unter brausendem Beifall hervorhob, dem Großadmiral von Tirpitz. Dieser hat den richtigen Typ, die richtigen Einrichtungen und die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191703082-10/fragment/page=0001

richtige Entwicklung angebahnt. Sein Verdienst ist es, daß wir diese unsere schärfste Waffe jetzt so wirkungsvoll anwenden. Und rücksichtslos, das ist die Forderung der Schicksalsstunde!

Selbst- und Kriegshilfe unserer Landwirtschaft

Was die landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands im Jahre 1916 geleistet haben, ist außerordentlich beachtenswert und zeugt von der Tüchtigkeit ihrer Organisationen. Wir haben Gelegenheit zu einem Einblick in diese Leistungen an Hand einer Uebersicht, die der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften e. V. zu Berlin für das verflossene Jahr gegeben hat. Danach stellte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Reiche am 1. Januar 1917 auf 20 697; der Zuwachs im Jahre 1916 betrug 316 Genossenschaften. Im Reichsverbande waren 19 045, das sind 65,7 v. H. aller landwirtschaftlichen Genossenschaften zusammengeschlossen. Seit Beginn des Krieges stehen die landwirtschaftlichen Genossenschaften im vaterländischen Hilfsdienste, wenn auch jetzt erst die Formel für diese besondere, auf die Erfüllung vaterländischer Aufgaben gerichtete Tätigkeit gefunden worden ist. Auf allen wirtschaftlichen Gebieten, wo, wie und wann sich nur die Gelegenheit dazu bietet, haben sie ihre Tätigkeit in den Dienst der vaterländischen Kriegsarbeit gestellt, sie haben zu ihrem Teil alles getan, um die landwirtschaftliche Erzeugung und damit — den festen Grund und Boden für das Durchhalten! — aufrecht zu halten. Neben der Aufklärungsarbeit, die die Landes- und Provinzialverbände in Verbindung mit ihren Zentralgenossenschaften leisteten, die die Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen erleichterte, steht die praktische Arbeit. Die Kreditorganisationen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens brachte 1,76 Milliarden an Kriegsanleihen auf, davon die des Reichsverbandes allein 1,4 Milliarden. Ferner waren die Zentralkassen und Spar- und Darlehnskassen des Reichsverbandes tätig für die Sammlung von Goldgeld und Goldschmuck, für die Einführung des bargeldlosen Verkehrs. Jetzt setzen sie sich für die Aufspeicherung von Hartgeld und Banknoten ein. Das genossenschaftliche Warengeschäft wurde mehr und mehr ausgeschaltet. Dafür stellten die Genossenschaften ihre Kräfte in den Dienst der Kriegswirtschaft. Sie haben vor allem bei der Regelung der Verteilung landwirtschaftlicher Hilfsstoffe, dann aber auch bei der Organisation des Absatzes mitgewirkt. Besonders ist der Viehverwertungsgenossenschaft und der Molkereigenossenschaft Erwähnung zu tun. Jene haben beim Abschluß der Mastverträge Vortreffliches geleistet, diesen war im wesentlichen die Milch- und Fettversorgung zu danken.

Die Uebersicht schließt mit einem Hinblick auf die großen Aufgaben, die zu lösen das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen mit berufen ist, wie die Regelung der zukünftigen Vorratswirtschaft, die Fürsorge für Kriegsverletzte und den landwirtschaftlichen Mittelstand. Als schönstes und bestes Ziel der genossenschaftlichen Arbeit auf dem Lande ergibt sich die Sicherung einer leistungsfähigen Landbevölkerung, deren Erhaltung in den kommenden Jahren von größter Bedeutung ist. Die Befähigung dazu konnte das deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, das fast allen Ländern zum Vorbild gedient hat, nur erreichen auf Grund des festen genossenschaftlichen Zusammenschlusses, der in jahrzehntelanger unermüdlicher Arbeit gefestigt und gestärkt wurde.

Neben den Aufgaben und Zielen, die im wahrhaft vaterländischen Interesse stehen, bietet sich den landwirtschaftlichen Genossenschaften bei der gegenwärtigen politischen Lage noch eine Aufgabe dar, an deren Lösung sie sich mit gutem Recht heranwagen sollte: Dem Rufe: „Los von Amerika!" auch von Seiten der Landwirtschaft durch die Tat zu folgen. Wir waren dem „neutralen" Amerika abgabepflichtig, abgesehen von den Bedürfnissen der Industrie, namentlich für Baumwolle und Getreide. Baumwolle können wir nun zwar in unserm Lande und in Europa nicht ziehen, wohl aber Flachs. Für seinen Anbau wären die eroberten und besetzten Gebiete in Belgien und Rußland außerordentlich geeignet, wie schon der dort gebräuchliche Flachsbau zeigt. Der Flachsbau liefert auch noch das für die Industrie so außerordentlich wichtige Leinöl, bei dessen Bereitung wieder der als Viehfutter sehr geschätzte Leinkuchen als Rückbestand entfällt. Unsere Vorfahren trugen keine dünne Baumwolle, sondern viel kräftigeres Leinen. Das sollte wieder so werden! Wir brauchen, um Flachs, den so viel besseren und kräftigeren Faserstoff in genügenden Mengen herstellen zu können, nur Anbauland. Das ist uns wichtiger als ein Einfuhrverkehr mit Amerika. Was wir an Getreide von Amerika beziehen, namentlich an Mais, müßten wir ebenfalls in den eroberten Gebieten (z. B. Rumänien) anbauen. Der Bedarf an Nahrung und Viehfutter zur Erzeugung von Fleisch geht dem an Kleidungsstoffen vor. Darum, Landwirte heraus! So kommen wir los von Amerika.

Splitter und Balken

In der feindlichen Presse werden die Greuelmärchen über die Ueberführung der belgischen Arbeitslosen nach Deutschland von Zeit zu Zeit wieder aufgewärmt. Im Augenblick machen besonders „Berichte" von entwichenen belgischen Arbeitern über die Arbeit und die Arbeitsverhältnisse, sowie über die Verpflegung und Behandlung der Belgier in Deutschland die Runde. In den düstersten Farben wird darin das Los der belgischen „Sklaven" geschildert, die angeblich in der deutschen Kriegsindustrie unter unerträglichen Arbeitsbedingungen und bei vollkommen unzureichender Ernährung zwangsweise und unter militärischer Bewachung beschäftigt werden. Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß alle diese Anklagen samt und sonders erlogen oder gefälscht worden sind. Es lohnt sich aber nicht, diese unsinnigen Verleumdungen erneut richtigzustellen, da von feindlicher Seite wider besseres Wissen ja doch immer wieder behauptet werden wird, daß wir die belgischen Arbeiter nach Deutschland übergeführt hätten, um sie in völkerrechtswidriger Weise in Munitions- und sonstigen Kriegsmaterialfabriken zu verwenden. Man möge den Nachweis dafür erbringen, — wie wir aus vielen tausend Fällen heraus den Nachweis für das systematische unmenschliche und allen Völkerrechtsregeln hohnsprechende Verfahren unserer Feinde Deutschland und seinen Angehörigen gegenüber erbracht haben! Das unerhörte Mißbrauchen deutscher Kriegsgefangener in Frankreich zum Munitions- und Krankentransport und zu Schanzarbeiten innerhalb der Feuerzone, die furchtbaren Zustände in einzelnen Militär- und Zivilgefangenenlagern, namentlich in Afrika, die erst durch die Anwendung schärfster Vergeltungsmaßregeln gebessert werden konnten, die Verschleppung eines Teiles der Zivilbevölkerung aus dem besetzten oder vorübergehend besetzten Teilen von Elsaß nach Frankreich belasten das Schuldkonto der westlichen Republik auf das schwerste.

Noch schlimmer aber ist Rußland mit den Gesetzen der Menschlichkeit und des internationalen Rechts umgesprungen. Seine Mordbrennerscharen haben bei ihren Einfällen Ostpreußen aus reiner Zerstörungswut verwüstet und zahllose Opfer, Greise, Frauen und Kinder, erbarmungslos und ohne jeden Grund in die sibirische Wildnis verschickt, wo sie in großer Zahl elend umgekommen sind. Das gleiche geschah in Galizien und Polen. Auch hier ist die Zahl der Opfer der russischen Barbarei, namentlich unter den Juden, ungeheuerlich. Und viele, viele der Kriegsgefangenen sind bei dem Bau der Murman-Bahn den Anstrengungen und der rohen Behandlung erlegen. — Noch deckt der Schleier der Ungewißheit diese Verbrechen, die sich die Zehnverbandsmächte haben zuschulden kommen lassen; aber es wird die Zeit anbrechen, die die Wahrheit an den Tag bringt. Gottes Mühlen mahlen langsam, aber sicher. Die Stunde der Vergeltung wird kommen.

Die Einzahlungsbedingungen der neuen Kriegsanleihe

Die neue Kriegsanleihe besteht, wie bereits an dieser Stelle berichtet worden ist, wieder in fünfprozentigen Schuldverschreibungen und ferner in viereinhalbprozentigen mit 110 Prozent bis 120 Prozent auslosbaren Schatzanweisungen, wobei der Zeichnungspreis für beide Anleihearten auf 98 vom Hundert (Schuldbucheintragungen der fünfprozentigen Reichsanleihe mit Sperre bis zum 15. April 1918 97,80 Mark) unter Verrechnung der üblichen Stückzinsen festgesetzt ist.

Obwohl der Zeichnungstermin die Zeit vom 15. März bis 16. April umfaßt, dürfen Voll- und Teilzahlungen, die letzteren in runden durch hundert teilbaren Beträgen des Nennwerts, bereits vom 31. März ab geleistet werden. Da der Zinsenlauf, und zwar beider Anleihearten, am 1. Juli 1917 beginnt, der erste Zinsschein mithin am 2. Januar 1918 fällig wird, ist denen, die bereits am 31. März Zahlungen leisten, ein Vierteljahr Zinsen zu vergüten, das heißt, bei einer Vollzahlung von beispielsweise 1000 Mark Anleihe am 31. März empfangen die Zeichner der fünfprozentigen Schuldverschreibungen eine Zinsvergütung von 1¼ Prozent gleich 12,50 Mark, die Zeichner der viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen eine Vergütung von 1⅛ Prozent gleich 11,25 Mk. Der Zeichnungspreis ermäßigt sich mithin im Falle der Vollzahlung am 31. März auf 96¾ Prozent für die fünfprozentigen Schuldverschreibungen, auf 96,55 Prozent für Schuldbucheintragungen der fünfprozentigen Reichsanleihe und auf 96⅞ Prozent für die viereinhalbprozentigen Schatzanweisungen. Erfolgt die Zahlung später, so werden entsprechend weniger Zinsen vergütet, also z. B. am 20. April für 70 Tage.

Der erste Pflichtzahlungstermin ist der 27. April. An diesem Tage müssen 30 Prozent des dem Zeichner zugeteilten Betrages an Kriegsanleihe bezahlt werden. Am 24. Mai werden weitere 20 Prozent und am 21. Juni und 18. Juli jeweilig 25 Prozent fällig. Diese Pflichtzahlungstermine müssen von den Zeichnern innegehalten werden, sofern die Summe der fällig gewordenen Teilbeträge wenigstens 100 Mark ergibt. Hat jemand z. B. 1000 Mark fünfprozentige Kriegsanleihe gezeichnet und zugeteilt erhalten, so muß er 300 Mark Kriegsanleihe am 27. April bezahlen, wobei ihm die Stückzinsen für 63 Tage vergütet werden, so daß die Barzahlung (300 Mark à 98 Prozent = 294 Mark abzüglich 2,60 Mark Stückzinsen) 291,40 Mark beträgt. Hat jemand 400 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so sind am 27. April, dem ersten Pflichtzahlugstermin, 100 Mark Kriegsanleihe zu begleichen. Hat jemand 300 Mark Kriegsanleihe gezeichnet, so braucht er am 27. April noch gar nichts einzahlen, denn 30 Prozent von 300 Mark ergeben nicht den Mindestbetrag von 100 Mark. Die ersten 100 Mark sind vielmehr bei einer Zeichnung von 300 Mark erst am 24. Mai fällig, weitere 1000 Mark wären am 21. Juni zu bezahlen und die restlichen 100 Mark am 18. Juli. Bei einer Zeichnung von 200 Mark Kriegsanleihe sind je 100 Mark am 24. Mai und am 18. Juli zu bezahlen. Bei einer Zeichnung von 100 Mark Kriegsanleihe wird die ganze Zahlung erst am 18. Juli fällig. In allen Fällen können, wie schon erwähnt, ebenso wie die Vollzahlung auch Teilzahlungen geleistet werden, indes immer nur in runden durch 100 Mark teilbaren Beträgen des Nennwerts.

Besondere Bedingungen gelten für die Einzahlungen auf Zeichnungen, die bei den Postanstalten erfolgen. Zunächst ist hier zu bemerken, daß die Postanstalten nur Zeichnungen auf die fünfprozentige Kriegsanleihe, nicht aber auf die Reichsschatzanweisungen entgegennehmen. Ferner ist hervorzuheben, daß auch bei den Postanstalten zwar schon am 31. März die Vollzahlung vorgenommen werden kann, daß sie jedoch am 27. April geleistet werden muß. (Teilzahlungen sind nicht zulässig.) Für die Vollzahlung, die am 31. März geleistet wird, werden 90 Tage Zinsen gleich 1¼ Prozent vergütet. Für die Vollzahlung, die am 27. April oder in der zwischen dem 31. März und 27. April liegenden Zeit geleistet wird, werden zur Vereinfachung des Verkehrs bei den Postanstalten gleichmäßig 63 Tage gleich ⅞ Prozent vergütet.

Alles nähere über die Einzahlungsbedingungen der neuen Kriegsanleihe wird nach Erscheinen der amtlichen Zeichnungsaufforderung aus dieser selbst zu ersehen und bei den Zeichnungs- und Vermittlungsstellen zu erfahren sein.

Französischer Heeresbericht

vom 6. März nachmittags. Auf dem rechten Maasufer wird nördlich des Caurières-Waldes weitergekämpft. Die Deutschen versuchten, die Franzosen aus den gestern eroberten Grabenabschnitten zu vertreiben, alle ihre Versuche brachen jedoch in unserem Feuer und vor unseren Gegenangriffen zusammen. In der Gegend südlich von Douaumont dauert der Artilleriekampf an. Zwei Handstreiche der Franzosen, der eine südlich Lassigny, der andere im Abschnitt vom Amertzweiler, brachten Gefangene ein. Sonst war die Nacht überall ruhig.

Luftkrieg: Es bestätigt sich, daß ein französischer Flieger am 4. März in der Gegend von Ornes ein deutsches Flugzeug abschoß. Am 5. März bewarf eine Gruppe englischer Seeflugzeuge die Bahnhöfe Brebach und St. Avold (südöstlich und südwestlich von Saarbrücken), 40 Bomben wurden abgeworfen, wovon 30 ihr Ziel erreichten. In der Nacht zum 6. März warf ein französisches Geschwader Geschosse auf den Bahnhof und die militärischen Anlagen von Freiburg in Baden, ein anderes auf die Mühlen von Kehl, bei Straßburg. In derselben Nacht warf ein französisches Flugzeuggeschwader 3630 Kilogramm Geschosse auf den Flugplatz von Varennes (Oise), wo die Flugzeughallen bedeutenden Schaden erlitten.

Englischer Heeresbericht

vom 6. März: Wir machten weitere Fortschritte nordwestlich von Irles und nördlich von Puisieux-au-Mont. Wir drangen zu feindlichen Gräben östlich von Bouchavesnes vor. Als wir sahen, daß der Feind sich in dieser Gegend zu einem Gegenangriff sammelte, zerstreuten wir ihn durch Artilleriefeuer.

Ein nationaler Hilfsdienst in England

Rotterdam, 7. März. Wie der „Nieuw. Rott. Cour." aus London meldet, habe der Chef der Rekrutierungsabteilung des Departements für den nationalen Hilfsdienst gestern in einer Rede erklärt, daß am 24. März die Abhaltung eines nationalen Hilfsdiensttages beabsichtigt sei. Am nächsten Tage würden die Geistlichen von den Kanzeln die Bevölkerung zur Anmeldung auffordern. Die freiwillige Anmeldung werde am 31. März abgeschlossen werden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 7. März 1917.

Am Ministertische: v. Schorlemer.

Präsident Graf Schwerin-Löwitz eröffnete die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte

Abg. Meyer-Frankfurt (Vpt.) gegenüber dem Abg. Hoesch (Kons.), er habe bezüglich der Kohlen gesagt, die Hauptsache sei, daß sie da seien. Der Preis komme erst in zweiter Linie. Jedenfalls bedeuten höhere Preise eine Belastung für den Konsum.

Die Beratung des Etats der Landwirtschaftsverwaltung wurde fortgesetzt.

Abg. v. Kardorff (Freikons.): Die Schwierigkeiten in der Ernährungsfrage sind im Mangel an Lebensmitteln nicht begründet. Wir hätten im Kriege nicht durchhalten können ohne die Schaffung von entsprechenden Organisationen. Ohne Höchstpreise wäre die Sache nicht gegangen. Aber man muß auch den Handel berücksichtigen und beteiligen. An den leitenden Stellen glaubt man, man könne mit der Organisation alles machen. Man muß aber auch eine entsprechende Preispolitik treiben. Der Kartoffelpreis muß jetzt von vier auf acht Mark erhöht werden. Die Arbeiter zahlen gern höhere Preise, wenn sie nur Lebensmittel erhalten. Die Annahme, daß die Landwirtschaft jetzt im Gelde schwimme, ist unrichtig. Die Beschaffung des nötigen Saatguts ist eine Lebensfrage für die Landwirtschaft. Die Produktionskraft der Landwirtschaft muß mit allen Mitteln gefördert werden. Mit der Herabsetzung der Viehpreise sind wir einverstanden, wenn ein entsprechender Ausgleich durch Erhöhung des Getreidepreises erfolgt. Den großen Städten müssen auf dem Wege der Lieferungsverträge mehr Lebensmittel zugewiesen werden. Die Angriffe des Abg. Scheidemann gegen den Landwirtschaftsminister waren ungerechtfertigt. Mit unserer Ernährungspolitik fördern wir die Interessen der Arbeiter. Sie (zu den Sozialdemokraten) geben ihnen nur Versprechungen aber keine Lebensmittel. (Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Wir vertreten nicht agrarische Interessen, sondern die großen Interessen des Vaterlandes.

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer: Die gegen mich erhobenen Vorwürfe muß ich als durchaus unberechtigt zurückweisen. Es ist unrichtig, daß ich zu Ungunsten der Konsumenten einen Einfluß auf das Kriegsernährungsamt und andere Reichs- und Landesstellen ausgeübt hätte. Ich muß das Märchen zerstören, daß ich derjenige wäre, der die Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes illusorisch machte. Im Hinblick auf die Angriffe des Abg. Scheidemann tröste ich mich damit, daß der Reichstag nicht berufen ist, die preußischen Staatsminister zu ernennen und abzusetzen. Ich kann dem Abg. Scheidemann versichern, daß ich auf meinem Platze beharren werde, so lange der Wille Seiner Majestät des Königs und das Vertrauen der Landwirtschaft mich hält. (Bravo!) Was die Eingabe der deutschen Gewerkschaften an den Reichskanzler und das Kriegsernährungsamt betrifft, so ist es das Bemühen meiner Verwaltung in dieser Kriegszeit, die Interessen der landwirtschaftlichen Erzeuger und in erster Linie der Verbraucher zu berücksichtigen. In der Eingabe wird die Landwirtschaft verdächtigt, daß sie die Interessen der Verbraucher nicht berücksichtige. Sie legt ferner Zeugnis ab von der völligen Unkenntnis landwirtschaftlicher Verhältnisse, so daß ich es bedauere, daß die Gewerkschaften, und vor allem die christlichen Gewerkschaften, sich haben verleiten lassen, eine derartige Eingabe zu unterzeichnen, die geeignet ist, das gute Verhältnis zwischen Stadt und Land zu trüben. Ich werde darauf hinwirken, daß durch Lieferungsverträge der direkte Bezug vom Lande den Städten ermöglicht wird. Der Abg. Braun hat die geringen Brotrationen bemängelt. Dafür muß er aber nicht mich, sondern den lieben Hergott verantwortlich machen, der uns im letzten Jahre nicht die Ernte beschert hat, die wir erwartet hatten. Ich hätte erwartet, daß der Abg. Braun auch Worte gefunden hätte, wer denn die Not bei uns verschuldet hat ein Wort gegen unseren Feind England. Professor Eltzbacher hat gegen mich den Vorwurf erhoben, daß ich bei den Ernährungsfragen einen Ressortpatriotismus bekunde, der alles, was nicht zu dem Ressort gehört, als Ausland betrachte. Ich bin erstaunt, daß ein Professor an der Berliner Handelshochschule sich nicht entblödet hat, einen preußischen Minister derartig anzugreifen. (Rufe: Unerhört!) Die Angriffe sind erfolgt, weil ich Bedenken geltend gemacht habe gegen die Herabsetzung der Viehpreise in der Erwägung, daß dann die Hoffnung auf Herabsetzung der Fleischpreise nur sehr gering sein würde, weil dann die Mästungen geringer und die Viehzucht überhaupt geringer werden würde.

(Schluß in der Nachmittags-Ausgabe.)

Der Frost und die Kartoffelzufuhr

Berlin, 7. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Der schwere Frost, der im Osten Deutschlands bis nahe an 20 Grad ging, hat die Kartoffelzufuhr wieder unmöglich gemacht. Während der wenigen milden Tage war es, obwohl sie auch regelmäßig starke Nachtfröste brachten, gelungen, die tägliche Verladung bis auf 300 000 Zentner zu steigern. Leider ist eine größere Anzahl von Wagen unterwegs vom starken Frost befallen und beschädigt worden. Es ist aber dafür gesorgt, daß diese Kartoffeln zur Herstellung von Trockenware Verwendung finden, wozu auch angefrorene Kartoffeln brauchbar sind. Die Wärmezüge mit Kartoffeln verkehren nach wie vor. Es können damit aber naturgemäß nur geringe Mengen, hauptsächlich zur Aufrechterhaltung der Massenspeisung befördert werden. Die Anfuhr von Kohlrüben zum sofortigen Verbrauch und zur Trocknung für den Sommer kann auch bei Frost bis zu 6 Grad weitergehen, ist also durch den Kälterückfall nur wenig beeinträchtigt worden.

Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht

das Gesetz über den Erwerb der Aktien der Bergwerksgesellschaft Hibernia zu Herne durch den Staat.

Herabsetzung der abzugebenden Petroleummenge

Haag, 7. März. Die großen Petroleumimporteure beschlossen mit Rücksicht auf die Verzögerung der Seetransporte und die Unsicherheit der Zufuhr, vorläufig nur 75 Prozent der Petroleummenge an die Abnehmer zu liefern, die sie in derselben Periode 1916 geliefert haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191703082-10/fragment/page=0002

eindliche Bodenpolitik in Ernährungsfragen

Von Dr. Willy Berthold.

Die Bodenpolitik unserer Gemeinden, deren Hauptungsfeld im Frieden die Beschaffung von Grund und Boden Bau von Wohnungen, zumal von kleinen, war, hat unter Drucke des Krieges eine sehr wesentliche Erweiterung in Richtung erfahren, daß die Gemeinden mittels ihres unbe- Bodens auch Einfluß auf die Versorgung ihrer Bewohner Nahrungsmitteln und auf deren Preisgestaltung zu ge- n versuchten.

So die Gemeinden bisher schon landwirtschaftlich genützten etwa in Gestalt von Gütern, besaßen, haben sie die mittelerzeugung vornehmlich ihren eigenen Angehörigen bar gemacht und in ihren Betrieben den auftretenden Be- ssen besonders Rechnung getragen. Ob es ihnen aber mög- worden ist, mit ihren selbsterzeugten Produkten, wie Linde- in seiner Arbeit über „Die Deutsche Stadtgemeinde im " (Tübingen 1917) annimmt, einen Einfluß auf die Markt- auszuüben, möchte ich für die Mehrzahl der Orte be- eln. Soviel ich habe feststellen können, ist der Einfluß eines chen Gutes nicht größer als eines etwa gleich großen Privat- in dem die gleiche Betriebsweise gepflegt wird. Nur wenige haben einen so umfangreichen Grundbesitz, um wirklich dem Gebiete der Lebensmittelversorgung einen Eindruck zu n.

In der Hauptsache haben nun die meisten Gemeinden ihren ernährungspolitisch in dem Sinne verwertet, daß sie brach- de Flächen der Bebauung mit Lebensmitteln durch ihre ohner zuführten. Dabei sind in der Regel zwei Wege ein- agen worden, einmal hat man eine ganze oder mehrere ein- Flächen an einen Unternehmer — wenn man ihn so be- en will — in Pacht gegeben und dieser hat dann allein die llung und Bepflanzung des Landes erledigt, zum andern man eine Fläche einem Vereine zur Verteilung an seine lieder überlassen, oder sie selbst zerteilt an die Einzelnen chtet.

Vornehmlich die letztere Art hat anfänglich sehr großen An- gefunden. In manchen Zeitungen konnte man mit ihrer ehlung nicht genug tun und begeisterte Lobredner erwar- mehr oder minder eine Umwälzung in unserer gesamten smittelproduktion. Der hier und da auftauchende mäßigende rspruch von Sachkennern wurde nicht beachtet. Infolge der n Nachfrage vieler Vereine nach solchem Lande kam es erorts zu einer Steigerung der Pachtpreise für solches artenland. Dem ist der Bundesrat mit einer Verordnung 4. April 1916 entgegengetreten und hat den unteren Ver- ngsbehörden die Festsetzung von Höchstpreisen anheim- en. In bedauerlicher Verkennung der Sachlage haben nun Behörden die Preise so niedrig festgesetzt, daß an den Orten aupt kein Land mehr für Kleingärten zur Verfügung ge- wird, da für den Eigentümer selbst der extensivste Boden- h immer noch wesentlich gewinnbringender ist, als die Ver- ung für Kleingartenzwecke, weil der Pachtschilling kaum die allenden Steuern, geschweige denn gar Hypothekenzinsen zu bermag. So sehr die wohltätigen Wirkungen der Klein- enbestrebungen anzuerkennen sind und so sehr diese Be- ng im Frieden wärmste Förderung verdient, so ist doch rein rungspolitisch betrachtet, der Schrebergartenbetrieb jeder en Betriebsart — wenn man einmal vom extensivstem betrieb absieht — unterlegen.

Und zwar beruht nach meinen Beobachtungen der Haupt- eil in der Notwendigkeit zu vielen Landes für Wege sowie n mehr oder weniger zweckmäßigen Baulichkeiten und in umeist geringen Sachkunde der kleinen Land- und Garten- . In einer Schrebergartenanlage wird oft ⅛ bis ⅕ des nten Bodens als Weg gebraucht, bleibt demnach unbebaut n, während bei Bebauung der ganzen Fläche durch einen nehmer nicht viel mehr denn $^1/_{10}$ dazu verwendet wird. r Unterschied fällt für die Ernährung aus.

Die mangelnde Sachkunde zeigt sich meist in der falschen Be- llung der Sämereien, der Daseinsbedingungen der einzelnen nzensorten und der Anforderungen, die sie an den Boden n. Wer sich die Mühe gemacht hat, der mußte beim Durch- tion mancher mit hohem Fleiß und großer Liebhaberei ge- ten Kleingartenanlagen oft die betrübende Erfahrung en, daß zahlreiche Pflanzenarten deswegen nicht die er- en Erträge abwerfen konnten, weil der Boden für sie nicht net und obendrein noch falsch gedüngt war. Will darum Gemeinde diese Erscheinungen auf dem von ihr hergegebenen e nicht aufkommen lassen, so möchte sie durch Sachverständige ue und eingehende Hilfen geben. Dann werden auch die Pächter mit mehr Lust und Liebe an die Arbeit gehen, wenn sie besseren Erfolg sehen.

In diesem Sinne ist ein Beschluß des Rates der Stadt Dresden zu begrüßen. Dort hatten die Stadtverordneten beantragt, zur besseren Versorgung der Minderbemittelten mit Nahrungsmitteln alle im städtischen Besitz befindlichen Fluren und Gartenanlagen für die Kriegszeit zur Bebauung mit Kartoffeln bereitzustellen und die Besitzer von brachliegenden Baustellen ebenfalls zur Bebauung mit Kartoffeln zu veranlassen. Der Rat will aber nur das zum Anbau geeignete Gelände für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse zur Verfügung stellen und wünscht, daß auf die wirtschaftliche Verwendung der vorhandenen Saatgutmenge Rücksicht genommen werde. Weiter verdient hier eine jetzt durch die Blätter gehende Mahnung erwähnt zu werden, Kartoffeln nur auf kultiviertem Boden anzubauen und dazu solchen zu vermeiden, der lange brach gelegen oder gar als Schutt- und Ascheabladeplatz benutzt worden ist, weil in derlei Fällen die Ernte oft geringer als das ausgelegte Saatgut ist.

Demgemäß will die Stadt Dresden in verschiedenen, erst vor einigen Jahren eingerichteten Parkanlagen die Rasenflächen, die bisher frei dalagen oder als Spiel- und Tummelplatz für die Kinder dienten, zum Kartoffelanbau in kleinen Losen hergeben. Dieses Land war vorher durchweg landwirtschaftlich benutzt und muß für geeignet erklärt werden. Freilich ist hierbei — wenn die Parks für das sog. Publikum nicht geschlossen werden — die Gefahr des Diebstahls so außerordentlich groß, daß für den Einzelnen schon eine sehr große Neigung vorhanden sein muß, ein derartiges Wagnis zu übernehmen.

Eine bedeutende Aufgabe für die Gemeinde ist die Organisierung des Samenbezugs und die entsprechende Belehrung der Gartenbauer. In jeder Stadt wird eine andere Lösung am Platze sein. Ganz allgemein erachte ich es für vorteilhaft, namentlich für den Anbau der Frühgemüse, nach denen sicherlich im Frühjahre die lebhafteste Nachfrage herrschen wird, die Anzucht der Gemüsepflanzen durch die Gärtner anzuregen

Weist der neue Zweig der gemeindlichen Bodenpolitik auch, wie nicht anders zu erwarten, einzelne Fehlgriffe auf, so hat sich doch überwiegend das Richtige Bahn gebrochen. Wie auf jedem anderen Betätigungsfeld bedarf es ruhiger Ueberlegung unter Heranziehung und Nutzbarmachen der Sachkundigen. Mit großem Eifer und einem guten Herzen allein wird freilich nicht viel erreicht.

Provinz Sachsen und Umgebung

Lebens- und Genußmittelfragen

× **Von der Unstrut,** 7. März. (Domänenverpachtungen an die Stadt Essen.) Um nach dem Beispiel anderer Großstädte in besserer Weise als bisher für Beschaffung von Lebensmitteln zu sorgen, beabsichtigt die Stadt Essen verschiedene Domänen zu pachten. Dabei kommt in unserer Gegend als 1. Wendelstein, als 2. Pretzsch an der Elbe in Betracht. Zuerst hatte die Stadt Essen die Anpachtung der Domäne Ribben in Ostpreußen in Aussicht genommen, aber wegen zu großer Entfernung wieder aufgegeben. Nun bietet sich Gelegenheit, infolge besonderer Umstände, in die bestehenden Pachtverträge der Domänen Pretzsch und Wendelstein, die bis zum Jahre 1933 laufen, einzutreten. Pretzsch ist 555, Wendelstein 487 Kilometer von Essen entfernt. Wendelstein ist vollständig für sich abgeschlossen. Die Unstrutbahn führt mitten durch das Gebiet. Die Domäne umfaßt 2270 Morgen Acker und Gärten, 250 Morgen Wiesen und Weiden, 100 Morgen Hütung und Obstplantagen und 80 Morgen Hofraum und Wege, zusammen 2700 Morgen. Der Boden gilt als erstklassig und eignet sich für Gemüsebau gut. — Der Wert des lebenden und toten Inventars beträgt etwa 474 000 Mark. Wendelstein ist durch Vertreter der Stadt Essen (Oberbürgermeister Holle, dem Beigeordneten und zwei Stadtverordneten) besichtigt worden. Die Baulichkeiten und das Inventar sind in guter Verfassung. — Die Domäne Pretzsch ist nicht so geschlossen belegen wie Wendelsteni. Sie besteht aus der Domäne Pretzsch, dem Vorwerk Körbin und dem Vorwerk Mauken. Mauken ist eigentlich eine selbständige Domäne, ist aber immer mit Pretzsch zusammen verpachtet worden und gilt als Vorwerk. Pretzsch und Körbin liegen auf dem linken, Mauken auf dem rechten Ufer der Elbe und sind durch eine Fähre verbunden. Die Fähre ist frei. — Pretzsch und Körbin umfassen 1288 Morgen Acker und Gärten, 324 Morgen Wiese, 504 Morgen Weide, 392 Morgen Holzungen, 144 Morgen Unland, Hofraum und Wege und 374 Morgen Teiche, zusammen 3026 Morgen; Mauken hat 960 Morgen Acker, 184 Morgen Wiese, 400 Morgen Weide, 44 Morgen Holzungen, 164 Morgen Schafweide und Hofräume und 28 Morgen Wasser, zusammen 1730 Morgen. Pretzsch und Körbin haben guten Korn- und Kartoffelboden und empfehlen sich insbesondere zum Anbau von Früh- und Spätkartoffeln. — Außerdem wird in den Teichen Fischzucht getrieben, die im letzten Jahre etwa 10 000 Mark Ueberschuß brachte. Der Wert des gesamten Inventars beträgt 563 000 Mark. — Die zu zahlende Pacht beträgt für Wendelstein 72 000 Mark, für Pretzsch nebst Vorwerken 44 000 Mark, zusammen 116 000 Mark.

R. **Dessau,** 7. März. (Die anhaltische Schulregierung hat zur Förderung der landwirtschaftlichen Arbeiten) in diesem Jahre bestimmt, daß Schulkinder auf Antrag ihrer Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten vorübergehend ganz oder teilweise vom Schulunterricht zu befreien sind, sofern durch eine Bescheinigung der zuständigen Kriegswirtschaftsstelle nachgewiesen ist, daß und wie lange sie wegen Mangels an Arbeitskräften in der Wirtschaft ihrer Eltern oder sonstiger naher Angehörigen notwendig gebraucht werden. Diese Bestimmungen finden auch auf die Fortbildungsschulen mit der Maßgabe Anwendung, daß außer der Bescheinigung der Kriegswirtschaftsstelle auch das Einverständnis des Arbeitgebers nachgewiesen ist.

— **Schraplau,** 7. März. (Erwischte Aufkäufer.) Drei hallische Aufkäufer wurden hier auf dem Bahnhof durch Gendarmeriewachtmeister Hermann und Polizeisergeant Krieg festgenommen. Die Revision der Körbe förderte zwei Schock Eier, 90 Pfund Käse und 37 Pfund Hülsenfrüchte zutage. Die Bezahlung dafür war über den Höchstpreis geschehen. Nach Feststellung der Personalien wurden die Aufkäufer wieder freigelassen. Die Waren blieben beschlagnahmt. Die Aufkäufer — Frauen — kamen allwöchentlich nach Schraplau und kauften bei zwei Handelsleuten die genannten Waren auf. Auf dieses Treiben wurde die Polizei aufmerksam gemacht. Zur Ausführung von Eiern, Käse, Butter ist bekanntlich die behördliche Genehmigung notwendig und die Aufkäufer haben die diesbezügliche amtliche Anweisung aufzuweisen. Die Aufkäufer waren aber noch nicht einmal im Besitz des Gewerbescheines. Für beide Teile, Aufkäufer wie Händler, wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Krankheiten, Unglücks- und Todesfälle

— **Magdeburg,** 7. März. (Die Pockengefahr erloschen.) Prof. Dr. Schreiber, Direktor des Sudenburger Krankenhauses, schreibt der „M. Z.": Um immer wieder auftauchenden irreführenden Gerüchten entgegenzutreten, sei hier noch einmal ausdrücklich festgestellt, daß die Zahl der in Magdeburg an Pocken erkrankten Personen nur sieben betrug. Davon ist ein älterer Mann schon im Beginn der Krankheit gestorben, der außer an Pocken noch an einer anderen schweren Erkrankung litt. Die übrigen sechs waren nur leicht erkrankt und sind wieder vollkommen hergestellt, so daß sie in Kürze das Krankenhaus verlassen können. Nachdem nunmehr seit drei Wochen in unserer Stadt keine Neuerkrankungen an Pocken aufgetreten sind, dürfen wir die Gefahr einer Weiterverbreitung hier in Magdeburg als erloschen betrachten. Gleichwohl wird man jedem, der im Laufe der letzten vier Jahre nicht geimpft ist, raten, sich impfen zu lassen, und zwar allein aus dem Grunde, weil an den verschiedensten Orten unserer Provinz Pocken aufgetreten sind und dadurch eine neue Verschleppung nach Magdeburg erfolgen könnte.

W. **Dessau,** 7. März. (Ein Denkmal für Boelcke.) Der Gemeinderat beschloß, auf dem Ehrenfriedhof ein Monumental-Denkmal für Fliegerhauptmann Boelcke nach dem Plan von Albin Müller-Darmstadt zu errichten.

— **Auma,** 7. März. (Zu der schon gemeldeten schrecklichen Tat der Ingenieursfrau Günther) ist noch nachzutragen, daß die Frau offenbar im Zustande geistiger Verwirrung handelte. Sie erklärte dem den Tatbestand aufnehmenden Bürgermeister Kolbe, ihr Mann sei ihr erschienen, habe hinter dem Ofen ihr mit der Hand gewinkt und gesagt, er sei um 7 Uhr gefallen und wünsche, daß seine Frau und seine vier lieben Buben mit ihm sterben möchten. Sie habe nicht anders gekonnt; der liebe Gott habe ihr aber keine Kraft gegeben, sich im Tode mit ihrem lieben Mann und den guten Kindern zu vereinen, aber sie komme auch noch zu ihnen. In lichten Augenblicken schrie sie laut auf und rief nach den Kindern. Alsbald nach der Tat ging der längst ersehnte Brief ihres Mannes ein, aus welchem hervorgeht, welch glückliches Familienleben vorlag; die Gatten lebten nur für sich und ihre Kinder. Der Gemeindevorstand hat die unglückliche Frau ins städtische Krankenhaus überführen lassen. Die Staatsanwaltschaft hat die kleinen Leichen zur Beerdigung freigegeben. Frau Günther wird zur Beobachtung ihres Geisteszustandes in die Irrenanstalt Jena übergeführt.

Nachdruck verboten.

Wem bleibt der Sieg?

Roman von Kurt Eckberg (A. v. Renthe-Fink).

Und dann denkt er an die Zukunft. Und er denkt an stille glückliche Häuslichkeit; an Kinderstimmen und inen Garten. Und er denkt sogar an eine Versöhnung Almerston, wenn er nach Jahren ihm Amy zuführen e mit den Worten: Ich habe sie glücklich und reich cht.

Allmählich wird es still und stiller um ihn herum. mal wird ein Stöhnender hereingebracht, und der ster kommt mit der Hostie und versieht ihn mit den ramenten. Ein Todeskampf, so schrecklich, wie Don fo ihn nie gesehen, — eine junge starke Kraft erlischt, nd das weiße Laken wird von dem Priester über die chenen Augen gebreitet.

„Der zweite", denkt Adolfo; weiter nichts.

Und wieder wird es still. Nur die wenigen Wasser- en, welche aus dem ausgedrückten Tuche in das ge- e Becken sickern, unterbrechen die stumpfe Ruhe. Die ne verläßt den Zenith und dringt mit brennendem in durch die trübe Fensterscheibe. Auch Donna Mer- s schaut manchmal herein; sie leistet Krankenpfleger- ste, hat aber jetzt nichts zu tun. Einmal sagt sie:

„Ist es nicht schade um Franzisko? Er hätte nicht n sollen und sich nicht erschrecken. Er hätte noch oft Don Tancredo machen können, Euer Gnaden. Er te ja nur so von Kraft und kannte die Stiere so gut seine Brüder."

Jetzt floß ein Meer von hellem Licht schon durch das ter.

Ein kräftiger Trompetenstoß.

„Don Adolfo", sagte der Bursche, „das ist für den rzen Stier."

Und zugleich stürzte ein Chulo herein:

„Nun kommen Sie dran, Euer Gnaden."

„Die Wollbinde," sagte Adolfo ruhig. Gelassen wand e sich um den Fuß, fest, immer fester; denn er fühlte, Fuß bedurfte des Haltes. Er trug ja keinen Stiefel, ern ausgeschnittene Schuhe, die dem Knöchel nicht den ngsten Halt gaben. Die Muskeln allein hatten den erstand zu leisten.

„Den Strumpf! — Zieh an! — Straffer! — Gut. — Schuh. — Vorsicht, Junge! Ich bin kein Stier!"

„Herr, Ihr Fuß scheint aber noch schmerzhaft."

„Nur, wenn du ohne Sorgfalt daran herumbiegst wie an einer Rute. — Hau nicht so gegen die Sohle, wenn ich bitten darf."

„Er geht sonst nicht an, der Schuh. Die Binde sitzt zu dick um den Knöchel. Und, Herr, ich glaube, etwas zu fest haben Sie sie gezogen. Wie soll da das Blut seinen Kreislauf machen, wenn Sie es so unterbinden?"

„Es wird schon kreislaufen," lächelte Adolfo, stand auf und ging umher.

„Wollen Sie nicht doch lieber den Schuh ausziehen? Sie hinken etwas."

„Ich hinke? — Ich habe doch keine Schmerzen."

„Sie können eben den Fuß nicht recht bewegen, weil er so fest geschnürt ist."

„Nein, nein, es ist gut so. Wenn die Binde lockerer ist, dann ist die Widerstandskraft der Muskeln nicht groß genug. Und springen muß, mein lieber Domingo. Du weißt doch, was es heißt, sich unversehens abschnellen."

Domingo nickte. Wie sollte er als Soldat nicht mit Sprungübungen Bescheid wissen!

Ein Diener stürzte herein. „Herr, Herr, kommt! Die Banderillos sind gleich am Ende mit ihrem Spiel!"

Adolfo, der sich wieder gesetzt und das Bein hochgelegt hatte, stand auf.

Zur Probe setzte er den Fuß fest auf und warf das Körpergewicht auf ihn. Ein kleiner, stechender Schmerz. Also auf den mußte er gefaßt sein. Gut. Das war nicht schlimm.

Bei seinem Erscheinen in der Arena brach der Jubel von vorhin abermals aus. Er ging zur Loge des Alkalden und sprach einen kurzen Reim:

„Mit Herz, mit Degen und mit Hand
Fürs Vaterland!"

Unter Beifallsgeschrei ging er dem Stier entgegen.

Estrella drückte die Hand aufs Herz.

„Vater, er schont ja den rechten Fuß . . ."

„Ei wo nicht gar!"

„Sieh nur, Vater . . . . Herrgott . . . wie entsetzlich!"

„Du irrst, Kind."

„Nein, Vater; ich kenne seinen Gang zu genau."

„Ich sehe nichts."

„Ach — Vater!" — es ist ein leiser Jammerruf — „glaub mir, es ist so. Ach, heilige Agnes, schütze ihn! Sei du mit ihm!"

Don Pedro weiß nichts mehr zu sagen. Er betet auch. Da steht der Stier, starr und unbeweglich. Wie ein Teufel sieht er aus. Sein zottiges Fell umgibt die Oberschenkel in dicken Strähnen und hängt als wirre lange Mähne um den breiten, schwarzen Bug. Wie rote, feuerglühende Kugeln glotzen die Augen vor sich hin. Eine wilde verschnaufende Wut lauert in ihnen. Es ist, als erwarte er nur den leisesten Wink der roten Muleta, um sich todbringend auf sein Opfer zu stürzen.

Estrella hat den Rücken Adolfos vor sich. Dem Stier sieht sie gerade in die rollenden Augen. Durch ihre Hände rennt der Rosenkranz. Ihre Fingerspitzen kleben aneinander, auch die Perlen wollen nicht mehr los.

„Ave Maria — gratia plena."

Der Stier bricht los. Don Adolfo schwenkt die Muleta nach links, wirft sich vorwärts auf den rechten Fuß, der Fuß gibt nach . . . Ehe die Espada den Nacken der Bestie berühren kann, stürzt er rechtsüber, stürzt auf den rechten Arm mit der Espada . . . .

Estrella ist emporgefahren. Mit ausgestreckten Armen greift sie über die Balustrade in die Luft. Die Luft ist leer . . . . Aber wenn die Heiligen auch nicht selber faßbar sind, so lenkt ihre Gnade doch das menschliche Handeln . . . Das rote Kleid — der Stier, diese beiden Worte zucken wie von oben gesandt durch ihr Hirn. Mit dem Aufschrei: „Adolfo!!!" wirft sie sich in die Tiefe, der Bestie zum Opfer, die den Farbenfleck des flatternden Kleides sofort mit dem Auge auffängt. Ein verzweifelter Schrei: „Helft meiner Tochter!"

Einer der Capeadores, der von dem Auslauftor der Stiere sich aufhielt, springt wie der Satan bei Don Adolfos Versagen mit seinem Tuche vorwärts, setzt über Estrella hinweg und wirft dem Stiere das Tuch über die Augen. Der Schwarze steht wie vom Blitz getroffen: er faucht und schüttelt wird. Diesen Augenblick, der vielleicht nur von kurzer Dauer ist, nützen die flinken Chulos aus, eilen zur Stelle und reißen Estrellas reglosen Körper empor, um mit ihm in den sicheren Laufgang zu flüchten. Schon stürzt ihnen Don Pedro mit jammernd erhobenen Armen entgegen.

Adolfo weiß von alledem nichts. Er hat gefühlt, daß sein Fuß ihm versagt und er kein Mittel hat, sich zu halten — er hat empfunden, daß er rechtsüber stürzt mit einer Wucht, die ihn hindert, die rettende Muletta nach irgendeiner andern Richtung zu schleudern, ja, daß er sogar auf die Muleta niederbricht und sie nicht hervorziehen kann . . . Jetzt kommt das Horn . . . jetzt kommt der Tod.

Aber was ist das? O Wunder! Ueber seine Füße weg jagt der Stier . . .

Er ist gerettet?

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191703082-10/fragment/page=0003

Aus Halle und Umgebung

Halle, den 8. März

Einheitsschule und Mittelschule

Die letzte Sitzung des hiesigen Ortsvereins vom Preußischen Verein für das mittlere Schulwesen hatte sich außer zahlreichen Mitgliedern auch noch des Besuches einer größeren Anzahl von Gästen — Direktoren und Oberlehrern der hiesigen höheren Lehranstalten sowie Rektoren und Lehrern der Volksschulen, außerdem noch Herren aus anderen Berufsständen zu erfreuen. Herr Rektor Dr. Kappert sprach über das Thema: Einheitsschule und Mittelschule. Der Vortragende wies darauf hin, daß die Erörterung über die Einheitsschule in immer weitere Kreise dringe. Leider läßt sich nicht behaupten, daß durch diese fortschreitenden Besprechungen die Frage entsprechend geklärt wird. Ebensowenig kann davon die Rede sein, daß erhebliche Schritte zur Verwirklichung bisher unternommen wären. In der Regel pflegt man eine mehr oder weniger schöne Theorie vorzutragen und dann ruft man nach dem Gesetzgeber, er möge dies Programm ausführen. Man fordert vielfach eine Reformation an Haupt und Gliedern, ohne im einzelnen die Wege angeben zu können, wie die gestellten Forderungen in die Praxis umzusetzen wären. Redner versuchte nun aus der Fülle von Forderungen das Wesentliche herauszuheben und wirklich praktische Wege zu zeigen, auf denen das zurzeit Notwendige durchgeführt werden könnte, ohne Umsturz in unseren bisherigen Schuleinrichtungen, die sich — das hätte der Krieg ja bewiesen — im großen und ganzen bewährt haben. Von vornherein sei zu berücksichtigen, daß die Verhältnisse in den Großstädten anders lägen als in den Kleinstädten. Die Hauptforderung der Einheitsschulbewegung sei wohl die: Die Schuleinrichtungen müssen so getroffen werden, daß jedes Kind eine seiner Begabung entsprechende Ausbildung erhalten kann. Daran anschließend wurden folgende zwei Fragen ausführlich behandelt: 1. Ist eine allgemeine Grundschule für alle Kinder möglich? 2. Wie ist die Auslese und der Aufstieg begabter Volksschüler zur Mittelschule und höheren Schule durchführbar? Die Frage 1 wurde bejaht unter der Voraussetzung, daß von Anfang an eine Trennung der Kinder nach der Begabung durchgeführt wird. Zu Frage 2: Der Uebergang begabter Volksschüler ist da möglich, wo Mittelschulen vorhanden sind. Es wurden nun die Uebergangsmöglichkeiten eingehend erörtert. Sie sind anders zu gestalten in der Großstadt, anders in der Kleinstadt. Die Ausführungen im einzelnen wiederzugeben, verbietet leider der Raum.

In der lebhaften Besprechung, an welcher sich besonders Vertreter der höheren Schulen und Volksschulen beteiligten, wurde anerkennend hervorgehoben, daß hier endlich einmal wirklich praktische und gangbare Wege gezeigt wurden. Der Stoff sei unparteiisch, ohne Verquickung mit religiösen und politischen Fragen, mit offenem Blick für die Bedürfnisse unserer Jugend und unseres Volkes behandelt worden. Von den zwei anwesenden Direktoren höherer Lehranstalten wurde betont, „daß sie gegen die gemeinsame Grundschule keine Bedenken haben, wenn sie in der Form durchgeführt würde, wie sie der Vortragende angegeben hatte. Sie hätten am Bestehen der Vorschule kein anderes Interesse, als daß die in der Sexta der höheren Schule eintretenden Schüler die genügende Reife hätten“. Ueber die Begabung ließe sich allerdings sehr schwer ein Urteil fällen. Man beobachtete häufig, daß Kinder, die in den ersten Schuljahren als begabt gelten, später in der Masse verschwinden oder gänzlich versagen. Dies betrifft sowohl die Freischüler, die aus den Volksschulen hervorgegangen sind, als auch die ehemaligen Vorschüler. Ebenso wurde von der Mittelschule anerkannt, daß sie das gegebene Mittelglied zwischen Volksschule und höheren Schulen sei, daß es aber notwendig sei, ihr dieselben Berechtigungen zu verleihen wie der sechsklassigen Realschule — mit Ausnahme des Rechtes, ihre Schüler in die Obersekunda einer Oberrealschule eintreten lassen zu können. Um die gemachten praktischen Vorschläge nochmals im einzelnen durchzuberaten, wurde der beifällig begrüßte Vorschlag zum Beschluß erhoben, daß Vertreter der höheren Schulen, Mittelschulen und Volksschulen zu einer freien Kommission zusammentreten, die dem Magistrat der Stadt Halle die für unsere Stadt in Betracht kommenden Vorschläge unterbreiten soll.

Jugendhilfe

Mit großen Hoffnungen wurde vor etwa Jahresfrist in der Aula unserer Universität der Verein aus der Not der Jugend gegründet. In der Mitgliederversammlung am 6. März konnte sein unermüdlicher Leiter, Herr Geheimrat D. Feine, mit berechtigtem Stolz auf die geleistete Arbeit verweisen. Erziehungsarbeit ist mühevolle Kleinarbeit, die durch Zahlen und Tatsachenangaben nicht dargestellt werden kann. Welche Unsumme von Arbeit, bitternotwendiger Arbeit zu leisten ist, erhellt aus der Zahl der bei den hiesigen Gerichten verurteilten Jugendlichen, die von 300 im Jahre 1914 auf 1600 im Jahre 1916 emporgeschnellt ist. Werden unter diesen Zuständen alle Gutgesinnten nicht bald einsehen, daß Hilfe nottut? Nicht nur Erzieher vom Fach müssen auf den Plan treten, nein, der Erziehungsgedanke muß bis in die weitesten Kreise Eingang finden und Taten auslösen, sei's, in der eigenen Familie die vergessenen Erziehungsgrundsätze wieder zur Geltung zu bringen, sei's, im Dienste der Allgemeinheit Gaben spendend oder noch besser mitwirkend von Person zu Person das Elend zu mildern. Letzten Endes hat bei jeder Betätigung von Menschenliebe der Gebende den größten Vorteil. Damen und Herren mit warmem Herzen und offenem Blick können auf diesem Gebiet einen verdienstvollen Hilfsdienst leisten. Tausende Familien aller Stände kranken aus geistiger Not, aus erziehlicher Unkenntnis. Bitteres Leid kommt fast täglich über viele Familien durch den Zusammenbruch aller Hoffnungen, die gesetzt waren auf den kräftigen Sohn, die liebliche Tochter. Und in leider nicht wenigen Familien gibt es gar keine Hoffnung mehr, hier belebt kein höheres Streben die stumpfe Arbeit. Vegetieren im günstigsten Falle, nicht Leben treffen wir hier. Auch nur eine Familie wieder emporzuheben ins Licht des seelischen Daseins mit Freude und Lust, mit Mut und Kraft, mit einem Ziel doppelter Art vor Aug und Herz, das muß jeden, der nicht schon ganz aus dem Hochlande der Seele ins Tiefland selbstischer Ziele hinabgestiegen ist, zur Mitarbeit reizen. Wir werden aus dem schmerzerfüllten Ringen nur dann mit Aussicht auf langandauernden Einfluß auf die innere und äußere Gestaltung der Völker der Erde hervorgehen, wenn es uns gelingt, unsere Jugend wieder mit Idealen zu erfüllen und sie fähig machen, diesen Idealen Opfer zu bringen. Erreichbar ist dies nur durch Gesundung der Familien. — Der geschäftsführende Vorstand besteht aus den Herren: Geheimrat D. Feine, Professor Abderhalden, Pastor Hage, Rektor Splett, Geheimrat Lehmann und Generaldirektor Zell. S.

Wucher mit Backobst und Fruchtsäften

Man schreibt uns: Die volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts weist soeben darauf hin, daß gegenwärtig mit getrockneten Pflaumen Wucher getrieben würde, da trotz unserer glänzenden letzten Pflaumenernte Preise von 2,30 bis sogar 2,80 Mk für das Pfund gefordert würden. Die volkswirtschaftliche Abteilung regt deshalb die Staatsanwaltschaften und die Preisprüfungsstellen dazu an, rückhaltlos gegen einen derartigen Wucher vorzugehen. Wenn in dieser Mitteilung Preise von 2,20 bis 2,80 Mk. schon als Wucherpreise bezeichnet werden, was soll man dann dazu sagen, daß in der Reichshauptstadt gegenwärtig Backpflaumen zu 3,50 bis 3,80 Mk. in aller Oeffentlichkeit verkauft werden, ohne daß sich die zuständige Preisprüfungsstelle oder sonst jemand veranlaßt sieht, dagegen einzuschreiten. Auch nur als ein Wucher unerhörtester Art ist es anzusehen, wenn gegenwärtig Fruchtsäfte, wie Kirsch- und Himbeersaft, zu Preisen von 8 bis 8,50 Mk. für das Liter verkauft werden. Solche Fruchtsäfte kosteten im Frieden 1,50 Mk. **Was berechtigt nun, jetzt einen Aufschlag von 400 bis 500 Proz. zu nehmen? Hoffentlich nimmt sich das Kriegswucheramt der** Angelegenheit an, damit der Verbraucher, der gegenwärtig schwer unter der allgemeinen Preissteigerung leidet, nicht den Glauben verliert, daß ihm ein behördlicher Schutz gegen Ausbeutung zuteil wird.

— **Auf die Beförderung von Personen des Landsturms zu Offizieren** haben die für die Landwehr geltenden Vorschriften Anwendung zu finden. Geeignete Angehörige des Landsturms können in gleicher Weise wie solche der Landwehr zu Offiziersaspiranten des Beurlaubtenstandes ausgebildet und zur Beförderung zum Reserve- oder Landwehroffizier vorgeschlagen werden. Ebenso dürfen Angehörige des Landsturms, die sich vor dem Feinde auszeichnen, zum Reserve- oder Landwehr-Offizier eingegeben werden, wenn sie Portepeeunteroffiziere oder Feldwebelleutnants sind.

— **Erhöhung des Kriegswitwen- und Kriegswaisengeldes.** Es ist beabsichtigt, durch eine Novelle zum Militärhinterbliebenengesetz das Kriegswitwen- und Kriegswaisengeld zu erhöhen. Eine Erhöhung dieser Gebührnisse wird auch angestrebt durch das in Bearbeitung befindliche Gesetz über die Gewährung von Zusatzrenten nach dem Arbeitseinkommen. In der vorgesehenen Novelle zum Militärhinterbliebenengesetz soll auch die Frage der Kapitalabfindung für Witwen von Kriegsteilnehmern für den Fall ihrer Wiederverheiratung geregelt werden.

— **Besondere Berücksichtigung verheirateter Mannschaften bei der Urlaubserteilung.** Die militärischen Dienststellen sind mehrfach nachdrücklich darauf hingewiesen worden, daß bei Urlaubserteilung nach Möglichkeit die verheirateten Mannschaften zu berücksichtigen sind. In einem im Dezember 1916 ergangenen Erlaß wurde den Dienststellen ferner nahegelegt. Verheiratete der älteren Jahrgänge in erster Linie zu berücksichtigen, sobald sich Gelegenheit bietet, einzelne Mannschaften etwas länger, als allgemein üblich und möglich, zu beurlauben.

— **Frauen- und Kinderarbeit im Kriege.** Bei Beratung des Reichshaushaltsetats für 1916 hatte der Reichstag an den Reichskanzler das Ersuchen gerichtet, Maßnahmen zu treffen, daß die Gewerbeinspektoren die Erfahrungen mit der durch den Krieg bedingten Vermehrung der weiblichen Arbeitskräfte, der jugendlichen Arbeiter und der Kinderarbeit in der Industrie und im Gewerbe sammeln und darüber berichten, besonders unter Berücksichtigung der Einwirkungen auf Leben und Gesundheit. Der Bundesrat hat entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

— **Sparkasse der Stadt Halle.** Vom 1. bis 28. Februar d. J. gestaltete sich der Verkehr wie folgt: Bestand der Einlagen am 31. Januar d. J. = 58 407 812,24 Mk. gegen 56 514 698,74 Mk. im Vorjahre. Einzahlungen vom 1. bis 28. Februar = 1 882 936 95 Mk. gegen 1 692 030 87 Mk. im Vorjahre. Zusammen 60 290 749,19 Mk. gegen 58 206 729,61 Mk. im Vorjahre. Rückzahlungen vom 1. bis 28. Februar 1917: 1 376 593 34 Mk. gegen 1 269 249,49 Mk. im Vorjahre. Bestand am 28. Februar dieses Jahres 58 914 155,85 Mk. gegen 56 937 480,12 Mk. im Vorjahre.

— **Fünfuhrtee in „Stadt Hamburg.“** Wir möchten heute nochmals auf den am Sonnabend, den 10. März, nachmittags 4½ Uhr stattfindenden Fünfuhrtee aufmerksam machen. Wie bekannt sein dürfte, findet diese Veranstaltung zu Gunsten der Kassen des Frauenkomitees und der Kriegshilfe der „Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger“ statt, und wird von den Solomitgliedern unseres Stadttheaters vorbereitet. Da das gesamte Künstlerpersonal daran teilnimmt, außer gesanglichen und musikalischen Vorträgen auch eine Verlosung, ferner noch manch andere Ueberraschungen geboten werden, so dürfte, auch dem wohltätigen Zweck entsprechend, diese gesellschaftliche Veranstaltung größeren Stiles in Halle gewiß lebhafte Unterstützung finden. Der Beginn der Vorträge ist auf ½5 Uhr festgesetzt, doch werden die Räumlichkeiten in „Stadt Hamburg“ ab 4 Uhr geöffnet sein. Soweit Eintrittskarten noch nicht gelöst wurden, sind solche an der Kasse des Stadttheaters und in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan, Gr. Ulrichstraße 38, erhältlich.

Rationelle Bewirtschaftung der Kartoffeln

Das Interesse, das man gegenwärtig von allen Seiten der Pflege der Kartoffel zuwendet, wird durch nichts besser gekennzeichnet, als durch den ungeheuren Andrang zum ersten von der Kartoffelbaugesellschaft veranstalteten „Kartoffeltag“, der in Berlin stattgefunden hat. Den Hauptvortrag der Tagung bildeten die Ausführungen des Direktors der Landwirtschaftskammer Stettin, Dr. Störmer, über: „Pflanzkartoffeln, Sorten, Pflanzmethoden und Bodenbearbeitung als Mittel zur Vorbereitung höherer Kartoffelernten.“

Der Redner wies darauf hin, daß die Wirkungen des Frostes und der durch ihn bewirkten Auflockerung des Ackers der Kartoffelernte in hohem Maße zugute kommen werden. Die Einpflanzung der Kartoffel müsse tief erfolgen. In bezug auf die Pflanzmethoden kann man zwei große Gruppen unterscheiden, die Anpflanzung in quadratischen Streckenverbänden und die in unregelmäßigen Strecken. Die Furchen können entweder mit dem Häufelpflug gezogen werden oder mit Apparaten, die mehrere Furchen auf einmal ziehen. Das Legen muß mit der Hand geschehen, das Zudecken entweder mit der Hacke oder durch Aufschneiden der Kämme zwischen den Furchen mittels des Pfluges. Eine sehr schnelle und schöne Methode sei auch die Verwendung der Egge oder Schleppe. Die besten Ergebnisse zeigen sich bei dem für den gegebenen Boden denkbar engsten Stand. Besondere Beachtung müsse dem Unkraut zugewendet werden, und es ist zu hoffen, daß die Schulen zur Unkrautbekämpfung herangezogen werden, sie lernen dabei unter Umständen mehr als in der Schule. Bei der Ernte gibt es keine Maschine, die die Handarbeit zu ersetzen imstande wäre, besonders bei den im Osten unseres Vaterlandes in Betracht kommenden Riesenflächen. Deshalb müsse die Landwirtschaft entschieden verlangen, daß ihr die nötigen Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

In bezug auf die Ernte des Jahres 1917 äußerte sich der Redner dahin, daß man natürlich über die Witterung und ihren Einfluß nichts voraussagen könne. Sieht man aber von ihr ab und werden der Landwirtschaft ausreichende Preise gewährt, sowie Dünger, Gespanne und Arbeitskräfte, so brauchen wir uns keine Sorge zu machen. Ein schwieriger Punkt sei allerdings die Saatbeschaffung, da der Kartoffelbedarf der Städte zum Verzehren des Saatgutes führe. Die Menge der benötigten Saatkartoffeln sei zwar seitens der Kartoffelbaugesellschaft auf 10 Millionen Zentner begrenzt worden, eine Beschränkung der Saatmenge sei aber nicht anzuraten, jeder Pflanzer müsse in der Bemessung der Aussaat unbeschränkt sein. Alles aber hänge von der Gespannhaltung ab. Bei 4, 5 Pfund Hafer können die Pferde nichts leisten, und auch die Zugochsen können bei ungenügender Ernährung nichts hergeben. Habe Friedrich der Große seine Bauern mit dem Krückstock zum Anpflanzen und Verzehren der Kartoffeln zwingen müssen, so würde er heute angesichts der Verzehrungsgelüste gegenüber Saatkartoffeln mit erhobenem Krückstock rufen: „Hände weg von den Saatkartoffeln.“

Nbg.

Börsen- und Handelsteil

Erweiterung der Deutschen Bank

Berlin, 7. März. In der heutigen außerordentlichen Hauptversammlung der Deutschen Bank wurde die Angliederung des Schlesischen Bankvereins Breslau und der Norddeutschen Kreditanstalt, Königsberg, sowie die dadurch bedingte Erhöhung [...] Aktienkapitals um 25 auf 275 Millionen Mark und die Ergänzu[ng] des Aufsichtsrates ohne Erörterung einstimmig nach den [...] trägen der Verwaltung genehmigt.

Devisenkurse

Berlin, 7. März. Die telegraphischen Auszahlungen stell[ten] sich heute für

	Geld	Brief
New-York	5.52	5.54
Holland	240 1/4	240 3/4
Dänemark	164	164 1/2
Schweden	173 3/4	174 1/4
Norwegen	166 3/4	167 1/4
Schweiz	118 7/8	119 1/8
Oesterreich-Ungarn	64.20	64.30
Bulgarien	79 3/4	80 3/4
Konstantinopel für ein türkisches Pfund	20.45	20.55
Spanien für 100 Pesetas	—	—

Abtrennung von Dividendenscheinen

Es sind zu trennen: Braunschw.-Hannov. Hy[po]thekenbank 7½ Proz. Div.; Preuß. Pfandbrief-[...] 7 Proz. Div.; A.-G. für Strumpfwarenfabrik. vorm. Se[...] 15 Proz. Div.; Schles. Dampfer-Compagnie 6 Proz. [...] Vereinigte Fränkische Schuhfabriken 20 Proz. [...] Magdeb. Hagel-Versicherungs-Ges. 80 Mk. Div.; Ba[...] Bodenkredit-Anstalt 8 Proz. Div.; Vereinsbank Nürnberg 11 Proz. Dividende.

Berliner Börsenstimmungsbild

Berlin, 7. März. Wegen der Unsicherheit über die [...]staltung der politischen Lage besonders mit Amerika, verh[...] der freie Börsenverkehr weiter in strenger Zurückhaltung, [...] heute ein schwächerer Unterton unverkennbar war. Mit A[us]nahme einiger führender Montan- und Rüstungswerte bröckel[ten] die Kurse auf allen Märkten zumeist leicht ab.

Produktenbericht

Berlin, 7. März. Im Produktengeschäft hat sich heute ni[...] geändert. Zufuhren sind kaum zu verzeichnen, sodaß die Ka[uf]luft, die sich in manchen Artikeln in erhöhtem Maße zeigte, befriedigt bleiben mußte. Am Saatenmarkt ist keine Beleb[ung] des Geschäftes eingetreten. Wetter: Kalt.

W. **Oesterreichische Alpine Montangesellschaft.** Die Bi[lanz] für 1916 weist inklusive eines Gewinnvortrages von 1915 3 534 117 Kronen gegen 1 647 271 Kronen im Vorjahre ei[nen] Bruttoertrag von 50 289 466 Kronen gegen 33 641 [...] Kronen im Vorjahre aus. Der Reingewinn beträgt 24 768 [...] Kronen gegen 21 062 656 Kronen im Vorjahre. Es wurde [be]schlossen, für die Generalversammlung zu beantragen, fü[r] [...] Kronen oder 20,5 gegen 20,1 Prozent im Vorjahre Dividende [zu] verteilen und 4 004 826 Kronen auf neue Rechnung vorzutra[gen].

— **Kammgarnspinnerei Bietigheim.** Die Verwaltung sc[hlägt] für 1916 eine Dividende von 5 Prozent (i. Vorj. 0 Proz.) vor.

Letzte Telegramme

Wiederhergestellt

Berlin, 7. März. Die drahtlose Verbindung Sayville und Tuckerton ist wiederhergestellt.

Das österreichische Kaiserpaar in Budapest

Wien, 7. März. Der Kaiser und die Kaiserin [...] heute abend nach Budapest abgereist.

Die irische Frage

Rotterdam, 7. März. Nach dem „Nieuw. Rott. C[ourant]“ meldet der „Manchester Guardian, daß das Kabinett gestern die irische Frage verhandelte, aber zu keinem Besch[luß] gekommen sei. Das Blatt bezweifelt, daß die heutige De[batte] im Unterhause zu einem Resultat führen werde. — Nach „Times“ sieht man der Debatte mit einiger Sorge entgegen.

Eine der kostbarsten Privatgalerien Spaniens abgebr[annt]

Amsterdam, 7. März. „Central News“ melden aus Ma[drid], daß das Palais des Marquis von Cazagno, in dem sich eine [der] kostbarsten Privatgalerien Spaniens befi[ndet], aus unbekannter Ursache abgebrannt sei. Das berü[hmte] Bild Dreifaltigkeit von Grecco sei vernichtet, der Schaden [be]trage 2 Millionen Pesetas.

*

(Wiederholt. Schon in einem Teil der gestrigen Nachmittags-Ausgabe enthalten.)

Der Bericht des Großen Hauptquarti[ers]

Großes Hauptquartier, 7. März.

Westlicher Kriegsschauplatz

An der Scarpe, beiderseits von Ancre und So[mme], in der Champagne und auf dem Ostufer [der] Maas herrschte gestern rege Artillerietätigkeit; meh[rfach] kam es auch zu Gefechten von Aufklärungsabteilungen der Grabenbesatzung.

Abends griffen die Franzosen an der Nordost[front] von Verdun unsere neuen Stellungen am Caurières-Wald an; sie sind durch Feuer abgewiesen worden.

Klares Wetter begünstigte die Flieger in Erfü[llung] ihrer Aufgaben. In zahlreichen Luftkämp[fen] sind 15 feindliche Flugzeuge abgeschos[sen] worden. Wir haben durch gegnerische Einwirkung [...] Flugzeug verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz

Zwischen Ostsee und Schwarzem Meer ist bei [Nach]lassen der Kälte in einzelnen Abschnitten das Feuer [leb]hafter geworden; die Tätigkeit der Infanterie blieb gering.

Mazedonische Front

Zwischen Wardar und Doiran-See und i[n der] Struma-Niederung schlugen unsere Posten Vor[stöße] englischer Kompagnien zurück.

Der Erste Generalquartiermeis[ter]

Ludendorff.

Verantwortlich:
für den politischen Teil: Dr Simon; für Provinz Börsen- Handelsteil: M. Ebeling; für Oertliches, Gerichtssaal, Kon[...] und Sport: H. Mieschner; für den übrigen Teil: Dr Si[...] für den Anzeigenteil: O. Kreibohm, sämtlich in Halle.
Alle Zuschriften in Bezugs- und Anzeigenangelegenh[eiten] sind nur an die „Geschäftsstelle der Halleschen Zeitung“ [zu] richten, dagegen die Schriftleitung betreffende Zuschriften an die „Schriftleitung der Halleschen Zeitung“.
Bei unverlangt eingesandten Manuskripten übernimmt [die] Schriftleitung keinerlei Gewähr für Aufbewahrung oder [Rück]sendung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191703082-10/fragment/page=0004